

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt III. 5246.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz.
Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Petitzelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Verlagsmitglieder sowie Verlagsanzeigen 15 Pf. pro Zelle. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Gegen das Kurpfuschereigesetz. Rundschau. Wirtschaftliche Monatsschau. Das Gewerbe, IV. Die Demokratie in den Gewerkschaften. Aus der Reichsversicherungs-Kommission, X. — *Allgemeines:* Aus unserm Bulletin. Brief aus Saalfeld. Ortsberichte: Mannheim. — *Der Lithograph:* Deutscher Lithographen-Bund i. L. Das erste Jahr der Berliner Kartographensektion. — *Der Steindrucker:* Randbemerkungen zur Rotationsmaschinenfrage. Aus den Sektionen: Saalfeld. — *Die photomech. Fächer:* Aus den Sektionen: München. — *Die Tapetenbranche:* Zur Beachtung. Indolenz. — *Feuilleton:* Vom Büchertisch. — *Anzeigen.*

Bekanntmachungen.

An alle Ortsverwaltungen und Gauvorstände

sandten wir am 15. März verschiedenes Material nebst unserm Rundschreiben Nr. 8 mit wichtigen Mitteilungen. Sollte ein Orts- oder Gauvorstand nicht in den Besitz dieser Sendung gelangt sein, so wolle man dem Unterzeichneten zwecks Nachlieferung umgehend Mitteilung machen.
Der Hauptvorstand. I. A.: Otto Sillier.

Gegen das Kurpfuschereigesetz.

Unser Gewerbe ist durch die gesetzgeberischen Maßnahmen der herrschenden Klassen in Deutschland überaus stark in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die deutsche Zollgesetzgebung, die den Abschluß ungünstiger Handelsverträge mit anderen Ländern zur Folge hatte und eine ganze Reihe anderer Staaten zur Nachahmung des deutschen Beispiels der Errichtung hoher Zollschranken veranlaßte, hat weite Gebiete der deutschen Industrie schwer geschädigt. Hauptsächlich wurden solche Gewerbe und Industrien, die für den Weltmarkt produzieren und infolgedessen auf die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse nach dem Auslande unbedingt angewiesen sind, durch die deutsche Zoll- und Handelsvertragspolitik und ihre Wirkungen arg mitgenommen. Da das deutsche Steindruckgewerbe mit seinen Nebenzweigen zu einem großen Teil für den Weltmarkt arbeitet, wurde es durch diese Maßnahmen der Regierung und der herrschenden Klassen ganz besonders stark getroffen. Erinnert sei nur an die als Folge dieser Maßnahmen eingetretene fast vollständige Unterbindung der Ausfuhr der Produkte unseres Gewerbes nach Amerika und die Beschränkung des Absatzes nach einer ganzen Reihe anderer Länder, die zu einem beispiellosen Emporschnellen der Arbeitslosenziffer in der deutschen Kollegen-schaft führten.

Neben der Zoll- und Handelsvertragspolitik hat ferner die von dem Block der Ritter und der Heiligen im deutschen Reichstage dem deutschen Volke bescherte Reichsfinanzreform außerordentlich schädigend für große Industriegebiete gewirkt. Auch diese Tat der Regierung und der herrschenden Klassen traf unser Gewerbe mit am schwersten. Wenn es auch gelang, die geplante Plakatsteuer, die mit der vollständigen Lahmlegung aller mit der Herstellung von Plakaten beschäftigten Betriebe gleichbedeutend gewesen wäre, abzuwehren, so war mit der Steuerbelastung anderer Produkte doch auch

eine indirekte starke Schädigung unseres Gewerbes verbunden. Denn die mit der Herstellung der von der Finanzreform unmittelbar getroffenen Erzeugnisse beschäftigten Gewerbe und Industrien suchten natürlich die Verteuerung ihrer Produkte infolge der Steuerbelastung so weit als möglich durch die Einschränkung des Bezugs von Ausstattungs- und Reklamedrucksachen und die Vereinfachung der Emballagen wieder auszugleichen. Erinnert sei nur an die Tabaksteuer, die in dieser Richtung wirkte und damit nicht nur die Brotlosmachung Tausender Tabakarbeiter, sondern auch eine gewaltige Steigerung der Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe zur Folge hatte.

Verschloß oder beschränkte uns also die deutsche Zollgesetzgebung mit ihren Begleiterscheinungen den Auslandsmarkt, so trug die deutsche Finanz- und Steuerpolitik zu einer außerordentlich fühlbaren Beschränkung des Inlandsmarktes bei. Die Krise, die unser Luxus- und Reklameartikel-Gewerbe wiederum aus ganz natürlichen Gründen mit am schwersten traf, schädigte es als dritte im Bunde durch die Beschränkung des Bedarfs und die dadurch notwendige Einschränkung der Produktion, die mit der Brotlosmachung vieler Arbeitskräfte gleichbedeutend ist, ebenfalls ganz außerordentlich. Während jedoch die Wirkungen der Krise mit dem Abflauen der wirtschaftlichen Depression an Gewalt verlieren und mit dem Eintreten einer besseren Konjunktur wieder vollständig aufgehoben werden, sind im Gegensatz dazu die Wirkungen der Zoll- und Steuerpolitik außerordentlich anhaltend oder überhaupt dauernd. Sie tragen dazu bei, daß trotz der langsamen Gesundung der Konjunktur im Allgemeinen die Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe, besonders in Berlin, noch immer geradezu erschreckend ist, und sie haben eine große Zahl von dauernd überschüssigen Arbeitskräften in unserm Gewerbe verschuldet.

Trotz dieser dauernden schweren Schädigungen des Steindruckgewerbes und seiner Nebenzweige durch die gesetzgeberischen Maßnahmen der herrschenden Klassen beabsichtigen diese jetzt abermals die Schaffung eines Gesetzes, das in ähnlicher Weise wirken würde wie die geschilderten, früheren gesetzgeberischen Leistungen. Ende vorigen Jahres ließ die Regierung dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes gegen die Mißstände im Heilgewerbe und den Geheimmittelverkehr zugehen, der nach der kurzen ersten Lesung im Plenum einer Kommission überwiesen wurde. Sobald diese ihre Arbeiten beendet hat, steht also die zweite und dritte Lesung im Plenum des Reichstages in Aussicht. Die Kollegenschaft sollte die Zeit bis zur Fortsetzung der Beratungen über den Entwurf in unserem Reichsparlament benutzen, um gegen die Vorlage, soweit sie als beschlossenes Gesetz von schädigendem Einfluß auf unser Gewerbe sein könnte, ganz entschieden zu protestieren.

An sich ist freilich gegen eine tatkräftige Bekämpfung der Mißstände im Heilgewerbe und des Geheimmittelschwindels rein garnichts

einzuwenden und wir wären die letzten, die sich gegen die gesetzliche Einschränkung oder Ausschaltung dieser Mißstände nur um deswillen wenden würden, weil ein Zweig unseres Gewerbes dadurch geschädigt werden könnte. Wo die Volksgesundheit und damit das Allgemeinwohl gefährdet ist, muß jede Rücksichtnahme auf einen Industriezweig ohne weiteres schweigen. Wenn also das Gesetz berechtigt wäre und wenn es eine unentbehrliche und notwendige Handhabe bieten sollte, um bestehende Mißstände in einwandfreier Weise zu bekämpfen, dann dürften wir auch dann nicht dagegen Stellung nehmen, wenn durch die Schaffung des Gesetzes die Existenz unseres ganzen Gewerbes in Frage gestellt würde. Wir hätten dann höchstens scharf zu tadeln, daß ein derartiges für die Volksgesundheit und das Volkswohl unbedingt notwendiges Gesetz nicht schon längst geschaffen wurde!

Aber im vorliegenden Falle handelt es sich absolut nicht um eine derartige unabweisbare Notwendigkeit! Nach § 5 des Entwurfs soll z. B. »der Verkehr mit einzelnen Mitteln oder Gegenständen, die zur Verhütung, Linderung oder Heilung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden der Menschen oder Tiere dienen sollen«, durch Beschluß des Bundesrats beschränkt oder untersagt werden können, »wenn von deren Anwendung eine Schädigung der Gesundheit zu befürchten ist oder wenn sie in einer auf Täuschung oder Ausbeutung der Abnehmer abzielenden Weise vertrieben werden.« Dieser Paragraph läßt natürlich der polizeilichen Willkür, die bekanntlich schon auf vielen anderen Gebieten wahre Orgien feiert, auch auf dem Gebiete des Heilwesens und der Gesundheitspflege den weitesten Spielraum. Er kann, wie ein Apotheker in der »Pharmazeutischen Zeitung« zutreffend betonte, je nach dem Ermessen der Polizei — die ja in erster Linie darüber zu belinden haben wird, ob und wann eine gesundheitliche Schädigung zu »befürchten« ist — schließlich auf jedes Mittel bezogen werden. Manches gangbare und allgemein anerkannte Mittel wird man auf Grund des zitierten Paragraphen verbieten. Daß aber irgend ein Medikament in irgend einem Falle ungünstig wirkt, kann auch vorkommen, wenn es vom Arzt verschrieben wurde, womit noch lange nicht erwiesen ist, daß das Medikament oder Mittel auch in allen anderen Fällen ungünstig wirken muß. Es kommt eben ganz auf die Umstände an, unter denen es angewendet wird. Da übrigens schon jetzt jeder, der einen anderen in irgend einer Weise schädigt, bereits nach den bestehenden Gesetzen über Haftpflicht und gegen Schwindel, Betrug und unlauteren Wettbewerb zur Verantwortung gezogen werden kann, ist das geplante neue Gesetz mit seinen der Willkür Vorschub leistenden Kautschukparagrafen, von denen der zitierte als Probe genügen möge, vollständig überflüssig.

Aber nicht nur das! Durch seine Anwendung ist auch eine Schädigung, wenn nicht der Gesundheit unmittelbar, so doch der Lebenshaltung zahlreicher Arbeiterfamilien zu befürchten.

Das Gesetz schlägt sich also gewissermaßen selber tot. Die chemisch-pharmazeutischen Erzeugnisse werden meist recht geschmackvoll ausgestattet. Vor allen Dingen benötigt diese Industrie zu Ausstattungs-, Verpackungs- und Reklamezwecken große Massen von Plakaten, Etiketten, Prospekten und anderen Drucksachen, für deren Herstellung hauptsächlich das Steindruckgewerbe mit seinen Nebenzweigen in Frage kommt. Jede Einschränkung dieser Industrie, die in erster Linie die in ihr beschäftigten Arbeiter brotlos machen müßte, würde also auch den Bedarf derartiger Ausstattungsdrucksachen herabmindern, die Absatzgebiete unseres Gewerbes weiter stark beschränken und weitere in ihm beschäftigte Arbeitermassen um die Arbeitsgelegenheit bringen.

Da das geplante Gesetz also für die Bekämpfung der Mißstände im Heilgewerbe und im Geheimmittelverkehr vollständig überflüssig ist, weil die bestehenden Gesetze zu diesem Zwecke durchaus genügen, und da es andererseits selbst durch die in ihm begründete Erweiterung der Polizeiwilkkür schwere Gefahren für die Arbeiterschaft der chemisch-pharmazeutischen Industrie und unseres Gewerbes zur Folge haben wird, deshalb protestieren wir mit aller Entschiedenheit gegen das geplante Gesetz.

Die Berliner Kollegenschaft nahm am 13. März im Gewerkschaftshause zu dem Gesetzentwurf Stellung. Genosse Dr. Weil behandelte die Vorlage in ausführlichem Vortrage vom Standpunkt des Arztes aus, wobei er schlagend bewies, daß von dem geplanten Gesetz für die Volkswohlfahrt und Volksgesundheit nicht das geringste zu erwarten ist. Kollege Haß schilderte hierauf die schweren Schädigungen, die das nach den Ausführungen des Genossen Dr. Weil völlig überflüssige Gesetz speziell für unser Gewerbe zur Folge haben müßte. Die Versammlung protestierte hierauf ganz entschieden gegen die Vorlage durch folgende einstimmig angenommene Resolution:

„Die am 13. März im Gewerkschaftshause in Berlin tagende öffentliche Versammlung der Lithographen, Steindruck- und verw. Berufe fordert nach Anhören von zwei fachmännischen Referaten über die Gesetzesvorlage gegen die Kurpfuscherei die Ablehnung der Regierungsvorlage vom Standpunkte der allgemeinen Interessen der Volksgesundheit.“

Die Versammlung vertritt diesen Standpunkt um so entschiedener, als die Vorlage in ihren §§ 5—8 auch die Interessen des Steindruckgewerbes bedroht.

Sie erachtet die bestehenden Gesetze gegen Schwindel, Betrug und unlauteren Wettbewerb für ausreichend, etwaige Mißstände im Heilgewerbe zu treffen.

Rundschau.

Die Chromopostkartenkonvention oder, wie der offizielle Titel lautet, die *Vereinigung Chromolithographischer Postkartenfabriken G. m. b. H. in Berlin* hat auf Grund ihres Beschlusses vom 30. November 1910 nunmehr ihr Stammkapital um 10 500 Mk. auf 31 500 Mk. erhöht.

Geschäftsergebnisse. Im Geschäftsbericht der *Kunstdruck- und Verlagsanstalt Wezel & Naumann A.-G. in Leipzig*, die voriges Jahr gar keine Dividende verteilte, wird für das Geschäftsjahr 1910 die Verteilung einer Dividende von 4 Proz. vorgeschlagen. In dem Bericht wird gesagt: Die Reorganisation des Betriebes hat weitere Fortschritte gemacht und kommt in dem Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres zum Ausdruck. Wir haben auf unsere Warenbestände eine erhebliche Extrabschreibung gemacht. Unsere Zinkplatten sind als gewöhnliches Almetall um etwa 6000 Mk. unter dem jetzigen Wert für Altzink aufgenommen worden. Nach reichlichen Abschreibungen zuzüglich Gewinnvortrag aus dem Jahre 1909 von 12 742 Mk. bleibt ein Reingewinn von 90 049 Mk. — Der Abschluß der *Akt.-Ges. Emil Pinkau & Co., Lithographie und Druckerei in Leipzig*, für das Geschäftsjahr 1910 weist einen Gewinn von 207 934 Mk. (i. V. 220 683 Mk.) einschließlicly Vortrag auf. Bei wiederum reichlich bemessenen Abschreibungen soll der Generalversammlung eine Dividende von 17 Proz. vorgeschlagen werden, gegen 18 Proz. im Vorjahre. Der Aufsichtsrat hat den Beschluß gefaßt, der Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 750 000 Mk. auf 1 Million vorzuschlagen, zum Zwecke notwendig gewordener baulicher Ausführungen, zur Vergrößerung der Maschinenanlage und zur Verstärkung der Betriebsmittel. — Die *Verwaltung der Akt.-Ges. E. Gundlach, Geschäftsbücher und Papierwarenfabrik in Bielefeld* schlägt die Ausschüttung einer Dividende von 7 Proz. gegen 8 Proz. im Vorjahre vor.

Die Postkartenbeschlagnahmen, von denen wir bereits in Nr. 9 ein Beispiel mitteilten, werden lustig fortgesetzt. Die Sonderabteilung zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild, die bei dem Berliner Polizeipräsidium eingerichtet worden ist, hat bis jetzt schon gegen 50 000 „anstößige“

Postkarten beschlagnahmt. Den größten Teil ermittelten die Beamten in Berliner Fabriken und Geschäften, und eine größere Sendung von auswärts wurde dieser Tage auf dem Hauptzollamt beschlagnahmt. Es handelt sich fast immer um Vervielfältigungen von Bildern aus dem Pariser Salon. Verschiedene Landgerichte und auch das Reichsgericht haben die Beschlagnahme dieser Postkarten gutgeheißen, weil sie in so großen Massen vertrieben werden, daß sie auch solchen Personen zugänglich sind, die kein künstlerisches Verständnis für die Originalwerke haben.

Zum Streik in Newied. In Nr. 10 der „Gr. Pr.“ wurde unter „Ortsberichte“ ein gewisser Buch als Arbeitswilliger genannt. Hierzu ersucht uns der Kollege Otto Buch, Steindruck- und Magdeburg, z. Z. in Brandenburg a. H., um die Mitteilung, daß er mit dem gleichnamigen Arbeitswilligen nicht identisch sei. Wir kommen diesem Wunsche ausnahmsweise und nur um deswillen nach, weil Kollege Otto Buch längere Zeit im Rheinland tätig war und die Möglichkeit zur Verwechslung dadurch vorliegt. Sonst würden wir die Veröffentlichung seiner Mitteilung als überflüssig abgelehnt haben.

Aus dem Auslande.

England. Ueber die englischen Gewerkschaften im Jahre 1910, speziell über die Wirksamkeit, unterrichten folgende Angaben: Seit Mitte 1907 und während des ganzen Jahres 1908 hatte die Arbeitslosigkeit infolge der Krise zugenommen. Der höchste Stand wurde im September 1908 mit 9,5 Proz. erreicht, gegen 4,2 Proz. im gleichen Monate 1907, 7,1 Proz. im Oktober 1909 und 4,4 Proz. im Oktober 1910. Im Jahresdurchschnitt wurden in den Jahren 1906 bis 1910 als arbeitslos registriert: 3,6, 3,6, 4,7 Proz. Als Unterlage für diese Zahlen dienten die Berichte von Gewerkschaften, die rund 700 000 Mitglieder zählten. Lohnänderungen wurden im Jahre 1910 für 534 119 Arbeiter vorgenommen, die im ganzen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 13 891 Pfund Sterl. erhielten, während die im Jahre 1909 an Lohnänderungen beteiligten 115 762 Arbeiter noch einen Verlust von wöchentlich 69 120 Pfund Sterl. erdulden mußten. Im Jahre 1908 waren die Löhne der an der Statistik beteiligten Arbeiter um 61 683 Pfund Sterl. für die Woche gesunken, 1909 um 69 120 Pfund Sterl., zusammen also um 130 803 Pfund Sterl., während die Erhöhung im Jahre 1910 nur 13 891 Pfund Sterl. betrug, so daß die beteiligten Arbeiter zurzeit um rund 117 000 Pfund Sterl. oder 234 000 Mk. wöchentlich schlechter dastehen als am Jahreschlusse 1907, trotzdem hier nur organisierte Arbeiter in Frage kommen und die Gewerkschaften mit allen Mitteln eine Lohnreduzierung zu verhindern trachteten. Wie mag es da erst bei den Unorganisierten aussehen! Dabei stiegen die Lebensmittelpreise seit dem Vorjahre um 1,7 Proz., seit 1907 um 4,1 Proz. Ein wenig erfreulicher sieht es auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung aus. Während 3068 Personen eine Verlängerung von 5414 Stunden wöchentlich annehmen mußten, erhielten 18 341 Personen Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 43 393 Stunden. 1910 fanden 406 Arbeitseinstellungen statt, an denen 508 538 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. Zu Beginn des Jahres waren 26 Arbeitseinstellungen des Vorjahres noch nicht erledigt. Infolge dieser Arbeitseinstellungen gingen fast 9¼ Millionen Arbeitstage verloren; die Zahl der Beteiligten hat seit 1893, dem Jahre des großen Bergarbeiterstreiks, in allen Revieren keine solche Höhe wie 1910 erreicht! Die größten Kämpfe des Jahres spielten sich im Kohlenbergbau (115 000 Beteiligte) aus Anlaß der Durchführung des neuen Bergwerkgesetzes, in der Textil- und in der Schiffbauindustrie ab. Fast 5 Proz. der gesamten industriellen Bevölkerung des vereinigten Königreichs waren im Jahre 1910 an Arbeitseinstellungen beteiligt. Und trotz dieser zweifelhaften Kämpfe hat sich die Lebenshaltung der englischen Arbeiter in den letzten Jahren ganz bedeutend verschlechtert! Deshalb werden die Arbeitskämpfe in der aufsteigenden Konjunktur zweifellos ganz gewaltig zunehmen.

Holland. Die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden holländischen Gewerkschaften haben im Jahre 1910 mit Erfolg an ihrer Weiterentwicklung gearbeitet. Ihre Zentrale, der Verband der Fachverbände, bestand am 1. September 1909 aus 27 Verbänden mit 39 640 Mitgliedern, und am selben Datum des Jahres 1910 waren es bereits 28 Verbände mit 42 679 Mitgliedern. Das ist zwar kein besonders starker Zuwachs, jedoch viel in einem Lande, wo die Gewerkschaftsbewegung von Anfang an so zersplittert war und noch jetzt ist wie in Holland. Die konfessionellen und interkonfessionellen christlichen Organisationen spielen dort noch immer eine gewisse Rolle, während es mit den anarchistischen oder antipolitischen Organisationen immer mehr zurückgeht. Das Nationale Arbeitssekretariat, das vor 16 Jahren 15 728 Mitglieder zählte, wird jetzt wohl kaum 4000 haben. Uebrigens ist diese Zentrale jetzt mehr und mehr von ihrem alten Grundsatz, jede Beschäftigung mit politischen Dingen abzulehnen, zurückgetreten und hat zum Beispiel beschlossen, gegen die staatliche Zwangsversicherung und für die Staatspensionierung der Arbeiter Propaganda zu machen. Der grundsätzliche Abscheu vor der Politik, durch den man die Daseinsberechtigung dieser Sonderorganisationen bislang zu rechtfertigen suchte, ist also gewissermaßen preisgegeben. Die

modern organisierten Arbeiter haben im verflossenen Jahr in verschiedenen Berufen mit mehr oder minder gutem Erfolg Lohnbewegungen durchgemacht. Großes Aufsehen erregte die Bewegung im Baugewerbe Amsterdams, die jedoch von den Anarchisten hervorgerufen worden war. Die anderen Organisationen des Baugewerbes hatten seit 1908 einen Tarifvertrag mit den Unternehmern und keinerlei Neigung, diesen Vertrag zu brechen, die anarchistisch organisierten Bauarbeiter legten auf Arbeitsplätzen, wo sie die Mehrheit hatten, mitten im Winter die Arbeit nieder und suchten damit auch ihre modernt organisierten Kollegen in den Kampf zu zwingen, somit zum Tarifbruch zu nötigen oder stempelten sie zu Streikbrechern. Das Unternehmertum veranstaltete eine allgemeine Aussperrung. Daß bei dieser Bewegung in der ungünstigsten Zeit des Jahres nichts erreicht werden konnte, ist selbstverständlich. — Ein weiterer großer Kampf des verflossenen Jahres war die allgemeine Textilarbeiteraussperrung in Enschede, die von den Fabrikanten wegen eines kleinen Streiks bei einer einzigen Firma veranstaltet wurde. Der Kampf wurde von der Arbeiterschaft mit rühmensewerter Einmütigkeit aufgenommen, jedoch vorzeitig und ohne sicheren Erfolg aufgegeben auf Verlangen der christlichen und sogenannten freien oder anarchistischen Organisationen. Der moderne Textilarbeiterverband, der eine gute Stütze in der Zentrale der Fachverbände hatte, hätte den Kampf gerne noch weiter durchgeführt, was jedoch ohne die Hilfe der anderen Organisationen aussichtslos gewesen wäre. Einen Einblick in die Zersplitterung der holländischen Fachorganisationen gibt der soeben erschienene Bericht des staatlichen Zentralbureaus für Statistik vom 1. Januar 1910. Danach hatte an diesem Datum das Nationale Arbeitssekretariat 3454 Mitglieder, der Verband der Fachverbände 40 660, die nationale Federation 6587, und das Bureau für die römisch-katholische Fachorganisation 11 650 Mitglieder.

Oesterreich. Die Wiener Gewerkschaftskommission veröffentlichte kürzlich ihren Bericht über die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1910. Natürlich nimmt die tschechische Zersplitterungsaktion den größten Raum in dem Bericht ein. Bs auf die Verbände der Eisenbahner und Tabakarbeiter (beides Staatsbedienstete, denen niemand die Koalitionsfreiheit streitig macht!) sind alle Gewerkschaften schon dem Separatismus insoweit erlegen, daß es zur nationalen Trennung kam. Der Erfolg: die Zahl der tschechischen Mitglieder in beiden Organisationen zusammen ist heute geringer, als früher in der Zentralorganisation allein! Klarer kann es schon nicht erwiesen werden, daß das Enggegenkommen gegen den kleinbürgerlich-gelben Chauvinismus nur diesen, aber nicht den Sozialismus stärkt. Mehr als 20 000 tschechische Arbeiter, dieses Fazit zieht den Bericht, sind auf der Wahlstatt liegen geblieben! Da müßte man wohl meinen, es müßte sich sofort verwirklichen, was Genosse Viktor Adler dieser Tage in seiner Budgetrede den bürgerlichen Parteien zurief: Wenn wir unter ihrem Hader leiden und die Funken des nationalen Kampfes auch in unserem Hause gezündet haben, so werden die Arbeiter den Weg zur Geschlossenheit wiederfinden. . . . In den Zentralorganisationen stehen immer noch über 80 000 Tschechen, davon 20 000 in Mähren, das zentrale Prinzip ist auch unter der tschechischen denkenden Arbeiterschaft noch das herrschende. Trotz des Separatismus und der Wirtschaftskrise verzeichnen 34 von den 52 Zentralverbänden Mitgliederzunahmen, doch steht dem Gewinn von 16 000 ein Verlust von 26 000 Mitgliedern gegenüber, also ist das Gesamtergebnis wieder ein Abgang von 10 000. Ohne die separatistische Aktion aber wäre nach der ruhig vortragenden Ansicht der Reichskommission ein Gewinn von 10 000 Mitgliedern zu buchen. Es wäre unbegreiflich, wenn trotz Kopenhagen, noch unbegreiflicher, wenn trotz dieses Ergebnisses die bereits angebahnte Einigung der beiden Lager von klassenbewußten, sozialistischen Kämpfern, denen immer gewaltiger gestimmt das Scharfmachtum und die Bourgeoisie gegenübersteht, nicht schon in ganz kurzer Zeit gelingen würde!

Wirtschaftliche Monatsschau.

Berlin, den 18. März 1911.

Aus den Jahresabschlüssen der Großbanken. Provinzbanken. Zusammenkünfte.

Alle deutschen Großbanken haben nunmehr ihre Jahresabschlüsse für 1910 veröffentlicht und sie können ausnahmslos mit ihren goldenen Ernten zufrieden sein. Nach der Höhe der Dividenden ordnet folgen sich: Die Deutsche Bank 12½ Proz. (im Jahre 1909 gleichfalls 12½ Proz.), die Diskontogesellschaft 10 (gegen 9½) Proz., die Berliner Handelsgesellschaft 9 (gegen 9) Proz., die Dresdener Bank 8½ (gegen 8½) Proz., der Schaaffhausensche Bankverein 7½ (gegen 7½) Proz., die Nationalbank 7 (gegen 6½) Proz., die Mitteldeutsche Kreditbank 7 (gegen 6½) Proz., die Darmstädter Bank, beide 6½ (gegen 6 bzw. 6½) Proz., die Hamburger Kommerz- und Diskontobank 6 (gegen 6) Proz. Keine einzige der neun Riesenbanken brauchte also von der günstigen Position von 1909 zurückzuweichen, drei von ihnen konnten sogar eine um ½ Proz. höhere Dividende, unter starken Abschreibungen und Reservestellungen, auswerfen. Dabei war 1909 ein gutes Bankjahr.

das rege Börsentreiben brachte damals reichliche Gewinne und ermöglichte vor allem, die ältesten Ladehüter von Wertpapieren an das nach der Krisen von 1907/1908 wieder Vertrauen schöpfende Publikum zu vorteilhaften Kursen abzustößen.

Um die Millionensummen, welche diese Dividendenverteilung bedeutet, zu veranschaulichen, führen wir weiter die Aktienkapitalbeträge (in Klammern gleich noch die Reserven) an: Deutsche Bank 200 Millionen Mark (und 105,73 Millionen Mark Reserven), Dresdener Bank 200 (und 60,34) Millionen Mark, Diskontogesellschaft 170 (und 61,09) Millionen Mark, Darmstädter Bank 160 (und 32) Millionen Mark, Schaaffhausen 145 (und 34,16) Millionen Mark, Berliner Handelsgesellschaft 110 (und 34,50) Millionen Mark, Kommerz- und Diskontobank 85 (und 13) Millionen Mark, Nationalbank 80 (und 13,72) Millionen Mark, Mitteldutsche Kreditbank 54 (und 7,84) Millionen Mark. Hatte die Dresdener 1910 ihr Kapital um 20 Millionen Mark, die Darmstädter Bank um 6 Millionen Mark erhöht, so will jetzt die Diskontogesellschaft ihr Grundkapital um 30 Millionen Mark steigern, die Nationalbank um 10, die Mitteldutsche Kreditbank um 6 Millionen Mark.

Die Deutsche Bank beschäftigte Ende 1909 5384, Ende 1910 5816 Beamte; bei der Dresdener Bank sind 4008 Angestellte. Das Netz von Filialen hat sich bei allen diesen Riesenbetrieben unaufhörlich erweitert. So heißt es in dem Bericht der Dresdener Bank:

»Zu dem befriedigenden Resultat hat die Ausgestaltung unseres Filialnetzes beigetragen, und wir können in diesem Zusammenhange hervorheben, daß sich von unseren neueren Niederlassungen namentlich Leipzig und Breslau in aussichtsreicher Entwicklung befinden. Wir haben uns daher zu einer weiteren Ausdehnung unseres Filialnetzes entschlossen. Schon am Schlusse des Berichtsjahres haben wir nach Eintritt der Zahlungsstockung bei der mit unserer Genossenschafts-Abteilung in Verbindung gestandenen Vereinsbank in Frankfurt a. O., um dem uns als gut bekannten Kundenkreise derselben dienlich zu sein, dort eine Geschäftsstelle errichtet. Ferner haben wir die Geschäfte der Oberschlesischen Bank in Beuthen, Königshütte und Tarnowitz, an welcher wir bereits durch Aktienbesitz interessiert waren, übernommen und an den genannten Plätzen eigene Niederlassungen errichtet. Endlich eröffnen wir demnächst auf Anregung unserer Stettiner Freunde in diesem größten deutschen Handelsplatze an der Ostsee eine Filiale, wobei wir auch im Auge haben, daß der dortige Verkehr durch die bevorstehende Fertigstellung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin sehr an Bedeutung gewinnen wird.«

Die Diskontogesellschaft schiebt sich soeben an, ihren monumental Neubau in der Behrenstraße zu beziehen; demnächst soll weiter mit dem Neubau auf dem Grundstück des früheren Phönixhotels, dem einstigen Heim der allbekanntesten fortschrittlichen Genossenschaftsbank begonnen werden. Die Deutsche Bank hat zwei dem Berliner Grundbesitz benachbarte Grundstücke zum Zwecke der Erweiterung der Bankgebäude erworben. Gerade das Finanzkapital liebt es, auch äußerlich zur Geltung zu kommen.

Vielfachen Anstoß scheint jedoch mit der Zeit die unnütze Verschwendung bei den Tantiemen für Aufsichtsrat und Vorstand zu erregen. In der Tat kommen hier nachgerade ganz fabelhafte Summen in Ansatz. Sie genau auszusondern, ist nicht ganz leicht, weil sie in den Bilanzen in allen möglichen Verkleidungen auftauchen. Bei der Darmstädter Bank werden beispielsweise die Gewinnanteile der Vorstandsmitglieder ohne nähere Angabe unter Handlungskosten verbucht. Der Schaaffhausensche Bankverein wirft die Direktorentantiemen mit den Beamtengrattifikationen zusammen. Bei der Deutschen Bank entfallen auf Tantiemen an Aufsichtsrat und Vorstand sowie an Vize- und Filialdirektoren 4,42 Millionen Mark, bei der Dresdener Bank 4,09 Millionen Mark, bei der Diskontogesellschaft an Aufsichtsrat und Direktoren 2,68 Millionen Mark, bei der Berliner Handelsgesellschaft 1,38 Millionen Mark, bei der Nationalbank 1,21 Millionen Mark, bei der Mitteldutschen Kreditbank 0,55 Millionen Mark, bei der Kommerz- und Diskontobank 0,49 Millionen Mark, bei Schaaffhausen, einschließlich der Tantiemen an Beamten, 2,13 Millionen Mark. Meist sind das zwischen 15 und 20 Proz. der Summe, die als Dividende der Gesamtheit der Aktionäre zufällt.

Auch sonst entuppen sich diese Bankleitungen hier und da noch als ähnlich selbstlose Gemütsmenschen. So ergreift die Deutsche Bank, ziemlich unvermittelt aber um so bestimmter Partei dafür, daß die Sparkassen — natürlich nur die Sparkassen, aber beileibe nicht die anderen, Geldeinlagen entgegennehmenden Institute — gesetzlich verpflichtet werden sollen, größere Beträge von Reichs- und Staatsanleihen zu erwerben:

»Es wäre vergeblich und ein Fehler, die Erreichung besserer Rentenkurse durch Zwangsmaßnahmen gegen die Banken zu versuchen. Die den Banken anvertrauten Gelder müssen vielmehr im wesentlichen in flüssigeren Aktiven angelegt werden, in Wechseln, kurzfristigen Vorschüssen und dergleichen. Noch verkehrter würde es sein, nach dem russischen Vorbild die Aktiengesellschaften aller Art anzuhalten, ihre Reserven ganz oder teilweise

in Staatsanleihen festzulegen; erreicht würde damit nur, daß eine große Zahl der 5000 bis 6000 Aktiengesellschaften Schulden aufnehmen oder ihr Kapital vermehren müßten, um Staatsanleihen zu kaufen. Dagegen führt der von einzelnen Bundesstaaten schon früher, wenn auch zum Teil ohne die erforderliche Konsequenz, beschrittene Weg durch gesetzlich vorgeschriebene Anleihekäufe der Sparkassen sicher zu dem Ziel der Hebung der deutschen Rentenkurse. Die deutschen Sparkassen verwalten den dreifachen Betrag fremder Gelder, wie die in Frage kommenden Banken zusammengekommen. Wenn nur ein erheblicher Teil der jährlichen neuen Sparkasseneinlagen von jetzt durchschnittlich 600 Millionen Mark in Staatsanleihen angelegt werden müßte, würden nicht nur die Sparkassen allmählich die dringend erforderliche bessere Liquidität erlangen, sondern diese Käufe würden auch, wie im gesamten Ausland, die wesentliche Stütze für die Rentenkurse werden. Der starke Preisfall der englischen Konsols ist nachgewiesenermaßen, außer der Schuldvermehrung durch den Transvaalkrieg, hauptsächlich auf das Nachlassen der Käufe des Savings Bank Fund zurückzuführen. Diese Käufe betragen 1896 noch über 15 Millionen Pfund Sterling und fielen in den nächsten Jahren bis auf Null, weil höher verzinsliche Kolonialanleihen usw. als Anlage der Spargelder gestattet wurden. Mit dem Fallen des Kurses der englischen Konsols ist dann auch der Zinsfuß für alle Kommunalanleihen, Pfandbriefe usw. gestiegen, genau wie in Deutschland.«

Das ist nicht bloß sehr wenig paritätisch gedacht, sondern auch etwas unvorsichtig gesprochen, denn die konservativen Freunde der Hebung des Kurses der Staatsanleihen dürften den Spieß in gleicher Weise gegen die anderen in Frage kommenden Banken umdrehen.

Neben den großen Zentralbanken regen sich jedoch die Provinzbanken gleichfalls kräftig, allerdings recht oft in Anlehnung an die überragenden Riesenbetriebe der Hauptstädte. Die Mitteldutsche Privatbank erhöht ihr Kapital um 10 Millionen (auf 60 Millionen) Mark, die Bergisch-Märkische Bank um 5 (auf 80) Millionen Mark. Das letzte Unternehmen gehört freilich abermals zum Konzern der Deutschen Bank. Wenn es also ein mittelgroßes Aktieninstitut, die Mühlheimer Handelsbank, bei der Aktienkapital und Reserven 4,66 Millionen Mark betragen, zu verschlucken beabsichtigt, so beobachten wir hier von neuem eine, obwohl indirekte Macht-erweiterung einer der Zentralbanken.

Oft ist für die kapitalschwächeren Betriebe das rechtzeitige Verschlucktwerden noch der günstigste Ausweg. Das lehren einige Zusammenbrüche in der jüngsten Zeit: der Firma Karl Neuburger in Berlin, der Vereinsbank in Frankfurt a. O., der Berliner Frankfurter-Tor-Bank, der Tempelhofer Genossenschaftsbank, vom Berliner Rabattparverein »Nord« ganz abgesehen. Richtig ist, daß diese Unternehmen wenig solide wirtschafteten und teilweise sogar das Gefängnis mit dem Aermel streiften. Andererseits muß man bedenken, daß derartigen Betrieben sehr häufig nur die gewagtesten Geschäfte übrigbleiben, weil die Großbanken alle besseren Profitgelegenheiten im voraus weggeschnappt haben, und daß dadurch die Unsolidität des ganzen Geschäftszuschnittes befördert wird.

Nach Max Schippels »Wirtschaftl. Rundschau«.

Das Gewerbe.

IV. Die Manufakturen.

Das Verlagssystem erwies sich im Laufe der Zeiten als unzureichend. Die Rohstoffe mußten erst weite Wege transportiert werden, ehe die Produkte hergestellt und nachher in die Hände des Verlegers kommen konnten. Durch den Transport konnten Stoffe, die eine sorgfältige Behandlung erforderten, nicht verarbeitet werden. Dann stand dem Hausindustriellen nur sein einfaches Werkzeug zur Verfügung, komplizierte Werkzeuge konnte er nicht anschaffen, wie übrigens die Anwendung von mechanischen Kräften — Wasser- und Dampfkraft — von vornherein ausgeschlossen war. Schließlich fehlte noch jegliche Kontrolle während des Arbeitens. Das alles bewirkte, daß die wirtschaftliche Entwicklung einer anderen Betriebsform die Wege ebnete: den Manufakturen oder, wie sie später von den Zeitgenossen genannt wurden, den Fabriken. Das Wort Manufaktur ist dem Lateinischen entnommen: manu = Hand, faktur = gemacht oder vertfertigt.

Schon im 16. Jahrhundert entstanden vereinzelte fabrikmäßig betriebene Anstalten, z. B. in Augsburg 1573 eine Zuckersiederei, in Nürnberg 1592 eine Gold- und Silberdrathzieherei und 1649 finden wir ein Blaufarbenwerk in Annaberg in Sachsen. In Halle wurde 1686 eine Tuchfabrik gegründet, welche 350 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte, und wenige Jahre später wurde in Magdeburg eine Strumpf-, Woll- und Seidenmanufaktur ins Leben gerufen, die 500 Personen beschäftigte. — Die absoluten Fürsten ließen es sich angelegen sein, die Entwicklung des Manufakturwesens zu fördern und treibhausartig zu züchten. Wer Manufakturen anlegen wollte, war an keinerlei zünftlerische Bestimmungen gebunden. Er hatte nicht notwendig, das betreffende Gewerbe erlernt zu haben, sondern nur die Konzession der Regierung, deren Bewilligung gern erfolgte. Diese Unternehmer erhielten die

weitestgehenden Privilegien und immense Summen flossen ihnen aus der Staatskasse zu. Friedrich II. gab 58 Wollmagazinen der Mark Brandenburg 2444 715 Reichstaler, während die »Seidenzeug- und Flormanufakturen« 286118 Reichstaler erhielten. Diese Summe bekamen fast ausschließlich die eingewanderten Franzosen, die die ersten Manufakturen begründeten; sie sollen über 43 verschiedene Gewerbe heimisch gemacht haben. Die Fürsten begründeten auch selbst Staatsmanufakturen; so wurde das königliche Lagerhaus zu Berlin in eine große Mustertuchfabrik umgewandelt. Auch Seiden-, Zeug- und Kattunmanufakturen wurden für den Staat geschaffen. Der sächsische Kurfürst suchte durch die Porzellanmanufakturen, die er zu Meißen errichten ließ, große Summen zu gewinnen. — Die sächsische Regierung gab für jede in Gang gesetzte Maschinenspindel eine Staatsprämie von einem Taler, um die Spinnereien, die sich um 1800 entwickelten, anzuspornen.

Die Manufakturen unterschieden sich von den übrigen Betriebssystemen in der Hauptsache darin, daß die Arbeitskräfte zentralisiert in einem Arbeitsraum vereinigt waren. Das Zerstreute, die Dezentralisation der Arbeiter kam in Wegfall, weshalb man auch die Manufakturen als zentralisierten Großbetrieb bezeichnet hat. Man produzierte nicht mehr für den lokalen Markt, wie der zünftlerische Handwerker, sondern für den nationalen Markt, und der Anstoß zur Produktion ging vom spekulierenden Unternehmer aus; es ist nicht mehr ein Uebernehmen der Arbeiten, sondern ein Unternehmen für einen großen Kundenkreis, der nur auf indirektem Wege unter Benützung der Verkehrs- und Transportmittel erreicht werden kann. Die Produkte wurden also in großen Massen hergestellt; damit wurde es aber zur Notwendigkeit, die Arbeit so zu organisieren, daß sie so ergiebig wie nur möglich sich gestaltete. Hierzu war das wesentlichste die Arbeitsteilung. Die Herstellung des Produktes wurde in die verschiedensten Teilarbeiten zerlegt. Die schwierigen Arbeiten wurden noch von gelernten Arbeitern ausgeführt, die leichten jedoch von ungerierten und schließlich auch von Frauen und Kindern. Damit konnte jeder Arbeiter die größtmögliche Fertigkeit erlangen; die Materialverschwendung wurde beseitigt, die Produkte wurden besser und auch billiger. Das Arbeiten erfolgte aber zunächst in den Manufakturen noch ohne mechanische Kraft und nur mit der Hand. Wir haben hier die moderne Fabrik in ihren Anfängen vor der Anwendung der Dampfmaschine vor uns.

Durch das Zerlegen des Arbeitsprozesses war aber die Möglichkeit gegeben, die mechanischen Kräfte in Anwendung zu bringen. Es war erst die Wasserkraft, die der menschlichen Arbeitskraft Konkurrenz machte. Sie wurde aber aus dem Felde geschlagen, als es gelang, die Kraft des Dampfes in den Dienst der Fabriken zu stellen. Damit trug aber die Maschinenarbeit den endgültigen Sieg über die Handarbeit davon. Brachte doch die Erfindung der Eisenbahnen eine gewaltige Revolution des Verkehrswesens, während durch die Entwicklung des Transportwesens reiche Absatzgebiete für die Fabrikarbeiten erschlossen wurden. Wo es nur möglich war, Handarbeit durch Maschinenarbeit auszuführen, geschah es. Die Handwerker wurden mehr und mehr zu Reparaturarbeitern herabgedrückt. Wie die Maschine im Verlagssystem wirkte, sahen wir ja bereits im vorigen Artikel.

Eine tiefgreifende Veränderung war aber eingetreten in dem Arbeitsverhältnis, in der Stellung des Arbeiters gegenüber dem Fabrikanten. Der Fabrikant war Eigentümer großer Arbeitsräume, er verfügte über Werkzeuge, Maschinen und Rohstoffe. Er war deswegen auch der Besitzer des Arbeitsproduktes, und je größer die Zahl der Arbeiter war, die er beschäftigte, umso größer waren auch seine Gewinne. Weiterhin konnte er auch jede Steigerung in der Konjunktur im weitgehendsten Maße ausnutzen und so den Absatz ständig vergrößern. Auf Seite der Arbeiter dagegen lagerte der ganze Schatten in seiner dumpfsten Form. Da die Manufakturen nicht unter den Zunftgesetzen standen, entbehrten die Arbeiter vollständig jeden Schutz. Vereinzelt und deswegen machtlos befanden sie sich in erdrückendster Abhängigkeit vom Fabrikanten. Je mehr die Manufakturen an Umfang zunahmen, um so unmöglicher wurde es, für die Arbeiter die wirtschaftliche Selbständigkeit zu erlangen, einmal selbstständiger Unternehmer zu werden, weil sie vollständig mittellos waren und sich nicht die Produktionsmittel anschaffen konnten. Wohl erhielten sie einen Lohn für den Verkauf ihrer Arbeitskraft, aber die Höhe des Lohnes setzte der Unternehmer fest, der ihre Notlage wohl auszunutzen verstand; mußten sie doch überhaupt froh sein, Arbeit zu erhalten. Sie waren Lohnarbeiter, Proletariat geworden.

Obwohl die Arbeit noch vorwiegend Handarbeit war, so hatte sie doch den Reiz, der ihr im zünftlerischen Handwerk anhaftete, verloren. Durch die Arbeitsteilung erreichte wohl der Arbeiter eine Geschicklichkeit in der Herstellung einer bestimmten Teilarbeit, aber damit war auch er persönlich ein bestimmter Teil des gesamten Fabrikmechanismus geworden, dessen Gang und Tempo er sich unweigerlich anpassen mußte. Damit wurde aber die Arbeit zu einer eintönigen, Körper und Geist verkrüppelnden Fron, die noch gesteigert wurde durch die Vervollkommnung der Werkzeuge und die Anwendung der Maschinen. Deswegen ging man

auch nur dann in die Manufakturen, wenn die äußerste Not keinen anderen Ausweg mehr gestattete. In der ganzen Manufakturperiode finden wir heftige Klagen der Fabrikanten, daß die Arbeiter mit der Arbeitszeit unzufrieden seien, daß sie sich in das ganze System nicht fügen und keine Ordnung und Disziplin halten wollen. Geben wir noch einem Zeitgenossen, dem großen französischen Revolutionär Mirabeau, der in den Jahren 1786 und 1787 Preußen bereiste, das Wort; er nannte die Manufakturen »zusammengeschlagene Werkstätten« und bemerkte darüber:

»Man sieht nur die großen Manufakturen, wo Hunderte von Menschen unter einem Direktor arbeiten. Diejenigen dagegen, wo eine sehr große Anzahl Arbeiter zersplittert und jeder für seine eigene Rechnung arbeitet, werden kaum eines Blickes gewürdigt... Die vereinigte Fabrik wird einen oder zwei Unternehmer bereichern, aber die Arbeiter sind nur besser oder schlechter bezahlte Tagelöhner und nehmen in Nichts am Wohlsein des Unternehmers teil.«

Die Demokratie in den Gewerkschaften.

In diesen Tagen erschien im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart unter dem Titel »Parlamentarismus und Demokratie« eine Neuauflage der erstmalig 1893 erschienenen Schrift von Karl Kautsky über »Parlamentarismus, direkte Volksgesetzgebung und Sozialdemokratie«. In dieser zweiten Auflage nimmt Kautsky auch Stellung zu der Frage der Demokratie in den proletarischen Organisationen, wobei er sich in bezug auf die Gewerkschaften rückhaltlos auf den Standpunkt Adolf von Elms (s. Gr. Pr. Nr. 5) und Adolf Braun's (s. Gr. Pr. Nr. 7 und 8) stellt. Wir bringen auch diese Kautskyschen Ausführungen, soweit sie die Gewerkschaften betreffen (S. 6-13 seiner Schrift) an dieser Stelle den Kollegen zur Kenntnis.

In den letzten Jahren hat die Idee der Volksgesetzgebung wieder Aktualität gewonnen, freilich in einem anderen Sinne, als zur Zeit der ersten Auflage meiner Schrift. Diese Frage wird heute diskutiert nicht mit Beziehung auf die Verfassung des Staats, sondern mit Beziehung auf die Verfassung der proletarischen Organisationen, der Gewerkschaften, Genossenschaften, der Partei.

Je umfangreicher diese Organisationen werden, desto schwieriger und schwerfälliger wird für sie die direkte Gesetzgebung durchs Volk, die in diesen Fällen allerdings weniger Gesetzgebung als Verwaltung und Kampfführung durchs Volk darstellt. Gleichzeitig wachsen die Aufgaben ihrer Verwaltung und Leitung, die immer weniger nebenbei, als Feierabendarbeit, neben oder nach der Erwerbsarbeit erledigt werden können, die eigene Beamte erfordern, deren ganze Zeit und Kraft diesen Aufgaben gehört. Damit erstehen Verhältnisse, die repräsentative Einrichtungen »Volkvertretungen«, »Parlamente« wünschenswert machen.

Sie werden wünschenswert, nicht wie im Staate durch die Interessengegensätze der Klassen, sondern durch die psychischen Unterschiede zwischen Führern und Geführten. Fast bei jeder Kampfsorganisation sind solche Unterschiede festzustellen, nicht bei jeder sind sie die gleichen. So wurde schon oft die Beobachtung gemacht, daß in proletarischen Organisationen des politischen und ökonomischen Kampfes die Massen meist ungestüm vorwärts drängen, die Führer eher bremsen. Bei der bürgerlichen Demokratie der letzten Jahrzehnte finden wir meist das Umgekehrte. Sehr oft wollten da die Führer vorwärts, sie wurden dann aber von ihren Leuten im Stiche gelassen, eine Erfahrung, die sie freilich auch selbst wieder ängstlich und behutsam machte.

Die Unterschiede hier wie dort liegen in der verschiedenen Klasselage der Geführten. Der Proletarier hat nichts zu verlieren als seine Ketten. Er hat eine Welt zu gewinnen. Ungestüm drängt er vorwärts. Seit den Tagen der französischen Revolution, ja seit jenen der englischen der Mitte des 17. Jahrhunderts ist das Proletariat die revolutionäre Klasse par excellence. Damals unterschied es sich indessen von Kleinbürgern und Bauern nur durch die Wucht und Rücksichtslosigkeit seines Vorwärtstrensens. Seit dem Jahre 1848 unterscheidet es sich von ihnen — wenigstens in Westeuropa — durch das Vorwärtstreiben überhaupt.

Der Bauer und der Kleinbürger und noch mehr der eigentliche Bourgeois unterscheiden sich vom Proletarier dadurch, daß sie etwas zu verlieren haben. Schon das macht sie ängstlich. Andererseits haben sie keine Welt mehr zu gewinnen, wie sie vor den bürgerlichen Revolutionen noch glaubten. Eine neue, bessere Welt ist nur noch zu erobern auf der Grundlage des Sozialismus, durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, also durch die Aufhebung der Grundlage der besitzenden Klassen.

Etwas höher als die Masse in den liberalen Parteien stehen ihre Führer. Diese werden meist aus der Intelligenz genommen, ihre Einkommen fließen vornehmlich aus ihren geistigen Fähigkeiten, nicht aus ihrem Besitz. Sie haben also weniger zu verlieren als jene Elemente, die nur auf ihren Besitz, nicht auf ihre Persönlichkeit vertrauen. Sie sind aber auch durch ihre Vorbildung und Beschäftigung in der Regel weiterblickend als der liberale Philister, sie erkennen leichter als dieser manche Notwendigkeiten der Entwicklung.

Daraus ergeben sich manche Disharmonien zwischen Führern und Massen liberaler Parteien,

daraus folgt aber auch, daß wir uns nicht durch das Entgegenkommen täuschen lassen dürfen, das uns zeitweise manche jener Wortführer in Presse und Parlamenten beweisen, denn bei jedem ernsthaften Schritte entgegen werden sie von ihrem Gefolge im Stiche gelassen. Das hat der Freisinn bei Stichwahlen und ähnlichen Gelegenheiten unzählige Male bewiesen.

Ganz anderer Art ist der Unterschied zwischen Führern und Massen in den proletarischen Kampforganisationen. Er entspringt vor allem daraus, daß wohl der einzelne Arbeiter nichts zu verlieren hat als seine Ketten, daß es aber mit seiner Organisation nicht ebenso steht.

In vollstem Gegensatz zu der Geringfügigkeit des individuellen Aufstiegs des Arbeiters, die am Zustand der Gesellschaft gemessen ein Abstieg ist, steht der Fortschritt der proletarischen Organisationen — Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft. Aus lächerlich unbedeutenden, zwerghaften Anfängen, sind sie zu riesenhaften Dimensionen angewachsen, die an Ausdehnung und Kraft die anderen gesellschaftlichen Gebilde immer mehr überholen und die Macht der Arbeiterklasse enorm steigern, auch wenn sie nicht immer ihr Einkommen zu erhöhen vermögen. Durch sie ist der Proletarier ein Faktor geworden, vor dem die Herren der märchenhaftesten Reichtümer, der unbesiegbaren Armeen Respekt gewonnen haben, vor dem sie nicht selten zittern. Durch seine Organisationen erscheint dem Proletarier das Größte erreichbar, durch sie hofft er zum Herrn der Welt zu werden.

Man hat mich vor einiger Zeit gescholten, als ich in meinem »Weg zur Macht« konstatierte, daß in den letzten Jahren die Steigerung der Löhne von der der Lebensmittelpreise überholt wurde. Damit hätte ich die Werbekraft der Gewerkschaften geschädigt. Aber man unterschätzt diese Kraft, wenn man annimmt, sie hänge bloß von dem Vermögen ab, die Löhne der Arbeiter zu steigern. Auch wo sie dies nicht vermag — und mit solchen Situationen hat jede Gewerkschaft zu rechnen —, ist sie unschätzbare für den Arbeiter, den sie in einen anderen Menschen verwandelt, aus einem scheuen, hoffnungslosen Paria in einen aufrechten, freien Mann, der keinen Höheren über sich erkennt, der sich jedem Machthaber ebenbürtig fühlt.

Jedes wollende Wesen entwickelt aufs stärkste aus dem Willen zum Leben den Willen zur Macht, zur Kraft, sobald es auf Widerstände stößt, die nur durch Machtentfaltung zu überwinden sind. Beim Proletarier wird naturgemäß der Wille zur Macht der Wille zur Organisation. Sein Weg zur Macht ist der Weg zur Organisation. Darauf beruht deren Lebenskraft, auch wenn sie dem Arbeiter nicht sofort eine Lohnerhöhung schafft, sondern von ihm Opfer heischt, wie es ja am offenkundigsten bei der politischen Organisation der Fall ist.

Die Organisation, das ist die Errungenschaft im kapitalistischen Produktionssystem, die der Proletarier zu verlieren hat. An ihr hängt er, sie gefährdet er nicht ohne Not.

Dadurch wird bei jedem organisierten Arbeiter die Rücksichtslosigkeit und Unbekümmertheit etwas abgeschwächt, mit der sich der unorganisierte in den Kampf wirft, wo nur immer eine Gelegenheit dazu vorhanden ist. Innerhalb der organisierten Arbeiterschaft selbst aber wird sich das Bedürfnis nach Behutsamkeit wieder stärker bei jenen äußern, die die Organisation leiten, die Verantwortung für ihren Bestand und ihre Leistungsfähigkeit tragen, deren ganze Persönlichkeit der Organisation gehört, als bei jenen, die einfache Mitglieder sind, nur für sich selbst eine Verantwortung tragen und in der Organisation nur ein Stückchen ihres Tätigkeitsgebietes sehen. Der Unterschied zwischen ungeduldig vorwärtstreibenden Massen und zur Behutsamkeit mahnenden Führern wird in dem Maße größer, als die Organisationen wachsen und die Aufgaben ihrer Leitung zur dauernden Berufsarbeit eigens dazu bestellter Beamter werden, die den psychologischen Einwirkungen dieser Arbeit natürlich viel stärker unterworfen sind als Funktionäre, die gelegentlich aus der Masse emportauchen, um nach einiger Zeit wieder in ihr zu verschwinden.

Je größer die Organisation, desto unübersichtlicher aber auch ihr Gebiet, desto zahlreicher und meist auch geschlossener ihre Feinde, desto mehr steht bei jedem Kampfe auf dem Spiele. Damit wächst nicht nur das Maß der Verantwortung der Leiter, es wachsen auch die Anforderungen an ihre Kenntnisse. Sie müssen sich jetzt mit Dingen vertraut machen, die dem einfachen Mitglied nicht nahe liegen, die die Masse oft nicht genügend kennt.

So wird mit steigendem Wachsen der Organisationen der Unterschied im Denken und Empfinden zwischen Führern und Massen, den sie von Anfang an im Keime in sich tragen, immer mehr entwickelt, und aus dem Unterschied kann schließlich ein Gegensatz werden, und mitunter ein recht schroffer Gegensatz, wenn nicht starke Gegentendenzen auftreten, die diese Entwicklung hemmen.

Wo es zu einer derartigen gegenseitigen Entfremdung kommt, wird sie natürlich von beiden Seiten unheimlich empfunden, und die nächste Folge ist in solchen Situationen immer die moralische Entfremdung: hier über die »ängstliche Leisetreterei«, dort über den »Unverstand der Massen«. Indes, wie immer, wo es sich um Erscheinungen handelt, die

nicht zufällige individuelle Besonderheiten darstellen, sondern aus den gesellschaftlichen Verhältnissen mit Notwendigkeit entspringen, hilft auch hier die moralische Entrüstung nicht viel. Nicht ein Verurteilen, sondern ein Begreifen tut not.

Das rücksichtslosere Vorwärtstreiben der Massen, die größere Behutsamkeit der Führer sind beide gleich unvermeidlich. Wer in der proletarischen Bewegung wirkt, tut gut, mit beiden zu rechnen. Und man kann auch nicht sagen, daß eine der beiden Erscheinungen schädlicher oder nützlicher wäre als die andere. Durch die harmonische Zusammenfassung beider hat die Arbeiterbewegung bisher ihre größten Fortschritte erzielt, wenn diese Zusammenfassung begleitet war von Entschlossenheit und Klarheit.

Das ist aber keine so einfache Sache und gelingt oft nicht. Dann kommt es zu Fraktionen, die der Sache des Proletariats nicht förderlich sind. So finden wir augenblicklich in England die Erscheinung, daß in manchen Gewerkschaften die Mitglieder gegen die taktischen Anordnungen ihrer Führer nicht bloß protestieren, sondern auch handeln, daß sie im Gegensatz zu ihnen streiken. Sie fühlen sich von den Beamten ihrer Gewerkschaften förmlich verkauft und verraten, bäumen sich mit größter Erbitterung gegen deren Abmachungen mit den Unternehmern auf, und nicht selten mit Erfolg.

Aber so gerechtfertigt solche Streiks jetzt in England sein mögen, so sehr die Energie und Einsicht zu begrüßen ist, die dabei zutage tritt, so ist der scharfe, unüberbrückbare Gegensatz zwischen Führern und Massen, der sich dabei geltend macht, doch ein großes Uebel. Es herbeizuführen, kann nur dann gerechtfertigt sein, wenn dadurch ein noch größeres Uebel, das Versagen der Führer, aufgehoben wird. Wiederholt es sich, dann bedeutet es die Vertreibung des Teufels durch Beelzebub, die Auflösung der Disziplin und der Organisation selbst. Die Lähmung der Organisation durch die Führer wird dann geheilt auf dem Wege der Lähmung der Organisation durch die Massen.

Wo solche Differenzen vorkommen, ja schon dort, wo sie drohen, wird es dringend notwendig, nach Einrichtungen zu suchen, die verhindern, daß die Entfremdung zwischen Massen und Führern so weit fortschreitet; Einrichtungen, die es beiden Parteien erleichtern, in ersprießlicherer Weise aufeinander und miteinander zu wirken.

Aber genügen nicht schon die bestehenden Formen der Demokratie in den Organisationen des Proletariats dazu? Die Beamten werden von den Mitgliedern gewählt; die Anordnungen der Beamten unterliegen oft, wenn sie von einschneidender Bedeutung sind, der Bestätigung durch die Urabstimmungen der Mitglieder. Genügt das nicht? Die jetzigen Erfahrungen in England zeigen, daß diese demokratischen Formen nicht stets genügen.

Sicher werden die Beamten der proletarischen Organisationen von den Mitgliedern gewählt. Aber das besagt nur, daß sie im allgemeinen vollkommenen Vertrauen genießen, keineswegs aber, daß auch jeder ihrer einzelnen Schritte allgemein gebilligt wird. Und die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten sind heute so mannigfaltige, sie erfordern so viele Spezialkenntnisse, sollen sie richtig erfüllt werden, daß man nicht wegen einer vorübergehenden Differenz einen eingearbeiteten Fachmann fallen läßt, um einen unerprobten Neuling an seine Stelle zu setzen. Dazu kommt noch, daß die Verschiedenheiten zwischen Massen und Führern, von denen hier die Rede ist, nicht zufällige sind, sondern solche, die aus der Verschiedenheit der Funktionen von Führern und Massen in der Organisation entspringen.

Da so ziemlich alle Beamten der Gewerkschaften übereinstimmende Funktionen und übereinstimmende Mittel der Informierung haben, stimmen sie auch so ziemlich in ihren Auffassungen überein. Durch die Volkswahl der Beamten wird daran nichts geändert. Sie kann nur die Personen ändern, nicht aber die Verhältnisse, die deren Denken und Fühlen bestimmen.

Aber die direkte Gesetzgebung durchs Volk die Urabstimmung? Sie ist ein ganz zweckmäßiges Mittel bei kleinen Organisationen, aber sie wird immer umständlicher und schwerfälliger bei großen. Die Frage, die am ehesten eine Differenz zwischen Massen und Führern hervorgerufen kann, ist die, ob eine Aktion im gegebenen Falle wünschenswert ist oder nicht. Diese Frage erheischt oft die rasche Beantwortung. Mitunter liegt die einzige Aussicht des Erfolges in der überraschenden Schnelligkeit des Losschlagens. Andererseits erheischt die Beantwortung dieser Frage, daß man die eigenen Kräfte sowie die des Gegners kennt, während es gleichzeitig notwendig ist, diesen über die eigene Leistungsfähigkeit im dunklen zu halten. Endlich, daß man weiß, wie nicht nur in der eigenen Lokalität, sondern in allen Lokalitäten, die in Betracht kommen, die Verhältnisse liegen.

Bei einem großen Industrieverband, der zum Beispiel über das ganze Deutsche Reich verzweigt ist und mannigfache Berufe umfaßt, vermag man das nicht leicht festzustellen. Die Massen der einzelnen Lokalitäten werden immer der Gefahr unterliegen, von lokalen Gesichtspunkten übermäßig einflößt zu werden. Oft fehlt die Zeit, sie über alle Verhältnisse aufzuklären, vielfach verbietet sich sogar, denn nichts ist törichter, als sich am Vorabend einer Aktion vom Gegner in die Karten schauen zu lassen.

Alles das bewirkt, daß die Urabstimmung als Mittel der Einleitung einer Aktion immer mehr versagt. So wie die Staaten, so wachsen auch die Organisationen des Proletariats, sobald sie große Massen umfassen, immer mehr aus dem Stadium der Volksgesetzgebung heraus.

Es geht jedoch nicht an, diese demokratische Form einfach beiseite zu schieben, ohne einen Ersatz an ihre Stelle zu setzen. Es liegt ebenso im Interesse der Führer wie der Massen, daß diese nicht bloß das Recht der Wahl ihrer Führer haben, sondern nicht minder das Recht und die Möglichkeit, Einfluß auf jede einzelne Aktion zu nehmen, deren Erfolg doch von ihrer eigenen Tatkraft, Opferwilligkeit und Einsicht abhängt. Je weniger eine solche Einflußnahme auf direktem Wege erfolgen kann, je mehr dieser durch die wachsende Größe der Organisation ungangbar gemacht wird, desto notwendiger wird der indirekte Weg durch Ausbildung und Vervollständigung seiner Anfänge, die ja in den Jahreskongressen und anderen Institutionen bereits vorliegen. Praktische Vorschläge in dieser Richtung zu machen, ist nicht meine Aufgabe. Ich darf aber darauf hinweisen, daß gewerkschaftliche Praktiker bereits für Schaffung repräsentativer Einrichtungen in den Gewerkschaften eingetreten sind. Auf jeden Fall müßten die neuen Repräsentativversammlungen kleinere Körperschaften sein, mit etwa 50 bis 100 Mitgliedern, die ohne große Kosten öfter zusammentreten und in vertraulicher Weise mit den leitenden Beamten beraten, über Krieg und Frieden entscheiden könnten. Im Unterschied von den Beamten, die die dauernden Vertrauensmänner der Mitglieder bilden, hätten sie die Anschauungen der Masse der Mitglieder in jedem gegebenen Falle zu repräsentieren, wären also von diesen von Fall zu Fall oder doch in kurzen Zwischenräumen zu erwählen. Dadurch würden sie in jedem Moment die jeweiligen Anschauungen der Masse wiedergeben können; ihre Zusammenkunft unterschiede sich jedoch von den lokalen Versammlungen der einzelnen Mitgliedschaften dadurch, daß die Vertreter der verschiedenen Lokaltäten hier Fühlung miteinander gewinnen, so daß jeder Delegierte nicht bloß auf Grund lokaler Eindrücke, sondern der Gesamtlage urteilen würde. Dann aber auch dadurch, daß die repräsentative Körperschaft einen kleinen geschlossenen Kreis bilden würde, dem die leitenden Beamten Aufschlüsse geben könnten, deren Kenntnis für die Beurteilung der Sachlage notwendig ist, deren Veröffentlichung die eigene Sache schädigen müßte. Endlich vermöchte eine solche Versammlung rasch, ja überraschend zu entscheiden, während das unmöglich ist bei Entscheidungen, die durch Urabstimmungen zu fällen sind.

Eine derartige Körperschaft dürfte wohl am ehesten geeignet sein, Differenzen entgegenzuwirken oder vorzubeugen, wie sie heute in England zwischen Massen und Führern in den Gewerkschaften vorkommen, und ein harmonisches Zusammenwirken von vorwärtsstrebendem Enthusiasmus mit kühler Ueberlegung herbeizuführen — ein Zusammenwirken, das schwer, aber keineswegs unmöglich ist, wie die deutsche Arbeiterbewegung sehr deutlich bezeugt, die es ebenso gut versteht, zu wagen wie zu wagen.

Aus Karl Kautskys

Parlamentarismus und Demokratie.

Aus der Reichsversicherungs-Kommission.

X. (Neue Folge).

Die zweite Beratung des Entwurfs ist jetzt beendet. Von wichtigen Veränderungen sind nur zwei hervorzuheben. In dem Abschnitt über die Aufsicht der Krankenkassen war im Regierungsentwurf bestimmt, daß die Aufsicht von dem Versicherungsamt ausgeführt wird, und daß sie sich auch auf die Beobachtung der Dienst- und Krankenordnung erstreckt. Hierzu hatten die Kompromißparteien den Antrag eingebracht, die Aufsicht auch auf die angemessene Handhabung der Dienst- und Krankenordnung auszuweiten. Die Regierungsvertreter und die Redner der Kompromißparteien stellten zunächst diesen Zusatz als eine redaktionelle Verbesserung hin. Die Sozialdemokraten erhoben aber dagegen Einspruch. Sie wiesen nach, daß der Zusatz eine ganz erhebliche grundsätzliche Verschlechterung der Stellung bedeutet, die die Krankenkassen zu der Aufsichtsbehörde haben sollen. Bisher hatte die Aufsichtsbehörde nur das Recht, darüber zu wachen, daß die gesetzlichen Bestimmungen von den Kassenvorständen eingehalten werden. Nach dem Zusatz dagegen wäre die Aufsichtsbehörde außerdem befugt, gegen jede Maßnahme des Kassenvorstandes in Bezug auf die Dienst- und Krankenordnung einzuschreiten, wenn sie behauptete, das, was geschehen sei, sei nicht »zweckmäßig«. Damit wäre der Kassenvorstand vollständig der willkürlichen Obervormundschaft der Behörde unterstellt, denn über die Zweckmäßigkeit einer Maßnahme kann man sehr verschiedener Meinung sein. Was dem Kassenvorstand mit Rücksicht auf die Fürsorge für die kranken Arbeiter im höchsten Grade zweckmäßig erscheint, kann irgend ein Landrat von seinem bürokratischen Standpunkte aus für höchst unzulässig, also auch unzulässig erachten. Nachdem die Sozialdemokraten die Bedeutung des Zusatzes dargelegt hatten, wollten die Kompromißparteien es

nicht wahr haben, daß sie derartige Absichten gehabt hätten. Die Folge davon war, daß sie ihren ursprünglichen Antrag zurückzogen und dafür folgende Bestimmung annahmen: Liegt ein wichtiger Grund vor, einem Angestellten zu kündigen, oder ihn zu entlassen und macht der Vorstand von seinem Kündigungs- oder Entlassungsrecht keinen Gebrauch, so kann ihn die Aufsichtsbehörde dazu anhalten. Auf Beschwerde des Beamten entscheidet das Oberversicherungsamt (Beschlusskammer) endgültig. Diese Bestimmung bleibt allerdings hinter dem ursprünglich beantragten Zusatzantrag weit zurück. Sie bezieht sich vor allen Dingen nur auf die Dienstordnung, findet also keine Anwendung auf die Krankenordnung. Demnach ist es wenigstens ausgeschlossen, daß etwa die kranken Arbeiter durch eine Krankenordnung, die irgend ein Landrat ausgeheckt hat, schikaniert werden. Bedauerlich ist aber, daß nach der Bestimmung der Aufsichtsbehörde das Recht gegeben ist, gegen jeden Beamten, dessen Verhalten ihr nicht angemessen erscheint, vorzugehen und den Vorstand zu zwingen, ihn zu entlassen. Diese Bestimmung konnte ebenfalls nur von einer Mehrheit angenommen werden, die den größten Wert auf die Entrenchung der Arbeiter in Bezug auf die Selbstverwaltung ihrer Ortskrankenkasse legt.

Die zweite Aenderung bezieht sich auf die Kassenverbände. Der Entwurf regelt die Verhältnisse der Kassenverbände, die sich mit bestimmten im Gesetz namentlich aufgeführten Aufgaben beschäftigen. Außerdem war in der ersten Lesung durch die Kommission hinzugefügt, daß Krankenkassen auch solche Kassenvereinigungen anderer Art bilden oder ihnen beitreten können, die den allgemeinen Zwecken der Krankenhilfe dienen. Dieser Zusatz ist infolge einer Anregung der Sozialdemokraten hinzugefügt, um es den Krankenkassen zu ermöglichen, sowohl Verbänden zur Förderung solcher Einrichtungen, die den kranken Arbeitern zugute kommen, als auch Verbänden zur Besprechung allgemeiner Krankenkassenangelegenheiten beizutreten. Die Kompromißparteien schlugen zu dieser Bestimmung den Zusatz vor, daß Kassenmittel für derartige Verbände nicht verwendet werden dürfen. Damit war aber wiederum den Kassen die Möglichkeit zum Beitritt in jene Verbände genommen, denn ohne Mittel können solche Verbände nicht existieren, und der Beitritt einer Kasse hat dann keinen Sinn, wenn die Kasse nicht auch für den Verband Gelder aufbringen kann. Die Sozialdemokraten bekämpften den Zusatz mit dem Hinweis darauf, daß den Berufsgenossenschaften und Invalidenversicherungsanstalten das Recht zusteht, für ihre Verbände die nötigen Mittel aus der Kasse der Versicherung zu entnehmen. Welcher Grund liege vor, bei den Krankenkassen eine Ausnahme zu machen. Die Kompromißparteien ließen schließlich ihren Antrag fallen und begnügten sich mit dem Zusatz, daß für derartige Verbände Kassenmittel nur mit Zustimmung beider Gruppen im Vorstände verwendet werden dürfen.

Die Kommission vertagte sich hierauf auf einige Zeit, um diejenigen Anträge vorzubereiten, die in einer dritten Lesung des Entwurfs zur Verhandlung kommen sollen. Die dritte Lesung wird sich nicht auf alle Paragraphen des Entwurfs erstrecken, sondern nur auf diejenigen, bei denen ein besonderer Grund zu einer nachträglichen Aenderung vorliegt. Die dritte Lesung wird daher in verhältnismäßig kurzer Zeit beendet werden können. Unmittelbar nach Ostern soll dann im Plenum die zweite Lesung des Entwurfs beginnen und die Regierung rechnet sicher darauf, daß der Reichstag das Gesetz zu Stande bringen wird. Auch die Arbeiter können es mit Freude begrüßen, wenn endlich die Reform der Arbeiterversicherung zum Abschluß gebracht wird. Jedoch muß unter allen Umständen verhindert werden, daß bei dieser Gelegenheit die Arbeiter in Bezug auf die Selbstverwaltung ihrer Krankenkassen entrechtet werden.

c. b.

auch in unserm Organ bekanntgegeben zu werden, wobei wir uns an die im Bulletin veröffentlichte umfangreiche Tabelle und die Spezialangaben über die einzelnen Länder halten wollen.

Aus Amerika liegen nur vom Verbands der Plakatzeichner Angaben vor. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 47 Stunden, da täglich 8 1/2 Stunden, Sonnabends aber nur bis mittags gearbeitet wird. Feiertage werden nicht bezahlt, was auch für die übrigen Sparten in Amerika gilt. Die Plakatzeichner arbeiten allgemein im Akkord, es mutet daher etwas unwahrscheinlich an, daß Ueberstunden mit 50 Proz. Zuschlag entlohnt werden sollen. Auf je 7 Gehilfen kommt durchschnittlich 1 Lehrling. Ferner sollen auch feste Lohntarife bestehen. Angaben über die Gesamtzahl der Berufsangehörigen waren nicht zu erhalten.

Dasselbe gilt für Belgien. In Brüssel besteht für alle Sparten die 9stündige, in den Provinzstädten für Lithographen und Steindruckere die 10stündige tägliche Arbeitszeit. Feiertage werden im ganzen Lande nicht bezahlt. Zuschlag für Ueberstunden erhalten nur die Lithographen und Steindruker in Brüssel, und zwar 15 Proz. Das Lehrlingswesen ist nicht geregelt. Die Lithographen und Steindruker arbeiten allgemein im Stundenlohn, der in Brüssel 75 cent., in der Provinz 45 cent. beträgt. Die durchschnittlichen Wochenlöhne betragen in Brüssel für Lithographen und Steindruker 40, für Chemigraphen 55, für Lichtdrucker 50 und für Kupferdrucker 64 Franks. Feste Lohntarife haben die Lithographen und Steindruker in Brüssel abgeschlossen.

In Dänemark sind 66 Lithographen, 191 Steindruker, 60 Chemigraphen, 9 Lichtdrucker, 2 Kupferdrucker beschäftigt. Die tägliche Arbeitszeit der Chemigraphen beträgt 8 und in allen übrigen Sparten 8 1/2 Stunden. Feiertage werden bezahlt. Der Zuschlag für Ueberstunden beträgt 50 Proz., nach der vierten Stunde und Sonntags 100 Proz. Bei den Lithographen, Steindruckern und Chemigraphen kommt auf je 2 Gehilfen 1 Lehrling. Die Durchschnittswochenlöhne betragen 32 Kronen für Lithographen, 29 Kr. für Steindruker, 35 Kr. für Chemigraphen, 31 Kr. für Lichtdrucker und 30 Kr. für Kupferdrucker. Die Verhältnisse sind für alle Sparten tariflich geregelt.

In Deutschland sind 5898 Lithographen, 9494 Steindruker, 2403 Chemigraphen, 824 Lichtdrucker und 225 Kupferdrucker beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt für Lithographen und Chemigraphen 8, für Steindruker 9, für Lichtdrucker 8 1/4 und für Kupferdrucker 8 1/2 Stunden täglich. Die Feiertagsbezahlung ist in allen Sparten durchgeführt, ebenso der Zuschlag für Ueberstunden, der in der Regel 25—50 Proz. beträgt. Bei den Lithographen, Steindruckern und Chemigraphen kommt durchschnittlich auf je 4, bei den Licht- und Kupferdruckern auf je 5 Gehilfen 1 Lehrling. Die Durchschnittswochenlöhne betragen für Lithographen 31, Steindruker 30, Chemigraphen 32, Licht- und Kupferdrucker 38 Mark wöchentlich. Für Chemigraphen, Licht- und Kupferdrucker bestehen feste Zentraltarife, für Lithographen und Steindruker lose zentrale Vereinbarungen ohne bestimmte Zeitdauer.

Die Zahl der Berufsangehörigen in England beträgt 1450 Lithographen, 5700 Steindruker, 380 Chemigraphen, 300 Lichtdrucker; Angaben über Kupferdrucker fehlen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt für Lithographen und Chemigraphen 8 und für Steindruker 8 1/2 Stunden. Da Sonnabends nur bis mittags gearbeitet wird, beträgt die wöchentliche Arbeitszeit der Lithographen und Chemigraphen in der Regel 46 1/2 und der Steindrucker in London 50, in der Provinz durchschnittlich 51 Stunden. Feiertagsbezahlung besteht nicht. Der Ueberstundenzuschlag beträgt 25 Proz., bei den Steindruckern in London 50 Proz. Auf je 4 Lithographen oder Chemigraphen und auf je 5 Steindrucker entfällt 1 Lehrling. Bei den Londoner Steindruckern werden keine Lehrlinge gehalten. Die Durchschnittswochenlöhne der Lithographen und Chemi-

Allgemeines.

Teil für die
Gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Aus unserm Bulletin.

In der soeben erschienenen Nr. 13 des »Bulletins des internationalen Bundes der Lithographen, Steindruker und verwandten Berufe« vom Februar 1911 ist eine interessante statistische Uebersicht über die Zahl der Berufsangehörigen, die Arbeitszeit, die Feiertagsbezahlung, die Entlohnung der Ueberstunden, den Umfang des Lehrlingswesens, die Durchschnittslöhne und die Tarifabschlüsse in den einzelnen Ländern enthalten. Da eine genaue Statistik leider noch nicht von allen Landesverbänden geführt wird, ergibt die Uebersicht leider kein erschöpfendes Bild. Von der italienischen Organisation konnte das Sekretariat überhaupt keine brauchbaren Angaben erhalten. Trotzdem sind die Ergebnisse der Umfrage beachtenswert genug, um

Indolenz.

Wie sich die Kollegen von der Mitarbeit an unserer Zeitschrift drücken, davon legt der Artikel „Budengespräch“ in Nr. 8 der „Or. Pr.“ bereitetes Zeugnis ab. Ja ja, die guten alten Zeiten sind vorüber. Wenn man nur einmal einen Blick in unser früheres Organ, die Graveurzeitung, wirft, so wird man konstatieren müssen, daß die Formstecher damals noch nicht so sehr auf ihre Gesundheit bedacht waren, sondern sich unbedacht um diese nach 11 stündiger Arbeitszeit noch die Zeit nahmen, die zur Verfassung eines Artikels notwendig war. Es ist tief zu beklagen, daß nach dieser Richtung hin ein Umschlag zum schlechteren erfolgt ist.

Woran liegt nun die mangelnde Betätigung in bezug auf die Mitarbeit am Verbandsorgan? Etwa daran, daß früher mehr Stoff als heute zur Verfügung stand? Oder sollte es den heutigen jüngeren Kollegen an der nötigen Befähigung fehlen? Fragen verlangen Antworten.

Daß es an Stoff fehlen kann, darf wohl sofort verneint werden. Allüberall, in jeder Bude und in jedem Ort sind Mißstände und Mängel vorhanden, die als Grundlage zu einem Artikel sehr gute Verwendung finden könnten. Auch der Verfasser des „Budengesprächs“ spricht von einem mit Staub gefüllten Atelier. Es ist nur jammerschade, daß er erstens die „Staubhülle“ nicht nennt und daß er es ferner unterläßt, seinen vollen Namen unter den Artikel zu setzen. Ich bedaure diese Unterlassungen, weil die gesamte Kollegenschaft ein berechtigtes Interesse hat, zu erfahren, wo man nicht auf die Gesundheit der Stecher bedacht ist. Und außerdem lehrt die Erfahrung, daß dort, wo sich ein Uebel zeigt, auch noch mehr sind. Wenn ich ferner wünsche, daß man unter die Artikel seinen Namen setzen möge, so gehe ich von dem Standpunkte aus, daß es dann für manchen Kollegen angenehm ist, sich auf gegebene Anregungen mit den in Frage stehenden Verfassern weiter auseinander zu setzen. Sei es öffentlich in der Presse oder persönlich im Briefwechsel. Und ich glaube, wer den Mut hat, einen Artikel zu schreiben, der hat auch ganz gewiß die Courage, seinen Namen darunter zu setzen. Wenn auch die Unternehmer mit dem Terror gar nicht sparsam umgehen, so muß Feigheit und Duckmäuserei doch eine derjenigen Begabungen sein, die uns als freie Menschen, die wir für die kommende Generation eine freie Welt schaffen wollen, mit Ekel und Abscheu erfüllt. Das wäre meine Meinung zu der ersten Frage, die ich aufwarf. Nun zu der zweiten.

Es muß unumstritten zugegeben werden, daß zum Artikelschreiben ein gewisses Talent erforderlich ist. Trotzdem ist es nicht so ungeheuer schwer, wie es sich vielleicht mancher Kollege vorstellen mag. Unser Redakteur hat auf der Hamburger Generalversammlung darauf hingewiesen, daß in den meisten der eingesandten Artikel der Geist der Volksschule erkennbar sei. Alles will eben gelernt sein, das Mauern so gut wie das Schreiben. Aber unser Redakteur wird wie bisher so auch fernerhin nicht geordneten und unrichtigen Sätzen den notwendigen Schliff angeeignet lassen. Also auch mit der Entschuldigung kann niemand seinen Kops

aus der Schlinge ziehen, er könne keine Abhandlungen schreiben.

Der einzige Grund für die geringe Mitarbeit ist die in großen Kollegenkreisen herrschende Indolenz. Mit dieser Bezeichnung gehen wir den Ursachen am schärfsten und treffendsten nach. Gar mannigfaltig hat man uns als die Elite der Arbeiterbewegung bezeichnet. Aber haben wir auch wirklich Anspruch auf dieses Lob? Die Phlegmatik im Versammlungsbesuch, in der Ueberrahme von Aemtern, in der Agitation und in der Mitarbeit an der Fachzeitung zeigt, daß wir dem Verbands noch sehr viel schulden. Mit der Beteiligung am Tanz und andern Belustigungen geht man nicht so knauerig und phlegmatisch um. In dieser Hinsicht sieht man auf Fleiß und Ordnung und kriegt nie genug! Es wäre wirklich an der Zeit, wenn zur agitatorischen wie organisatorischen Tätigkeit mehr Pflichtgefühl und glühender Eifer Platz griffe.

Dasselbe gilt von den allgemeinen Unterhaltungen. Selten hat man Gelegenheit, sich in irgend einer Gesellschaft über wirtschaftliche Dinge zu unterhalten. Mit faulen Witzen, gegenseitigem Verulken, Kartenspiel und mit dem Lesen von Schauerromanen oder arbeiterfeindlichen Blättern schlägt man sich die freie Zeit um die Ohren. Derartige Unterhaltungen braucht man nicht bis zur Evidenz zu verwerten, aber so weit müssen die Laster zurückgedrängt werden und möglichst von jedem einzelnen aus freien Stücken, daß zur Erörterung von gewerkschaftlichen und andern Arbeiterfragen Zeit übrig bleibt. Gelingt uns diese Selbsterziehung, dann kommen wir auch aus dem Dilemma heraus. Wir werden eine höhere Stufe der Menschheit erklimmen, die sich von Genialität leiten läßt und nicht von Indolenz und Stumpfheit. *Herm. Prössel.*

Berlin N. W. 6. 64 Seiten 8°. Preis 1 Mk., Volksgabe (beim Bezuge von mindestens 20 Exemplaren) 20 Pfg.

Der auf dem Gebiet der Gewerbehygiene und der Tuberkuloseforschung rühmlichst bekannte Verfasser bespricht im ersten Abschnitt seiner Schrift die Ursachen, das Wesen und die Bedeutung der Tuberkulose, sowie den Einfluß der verschiedenen Gefahren der Berufstätigkeit, und der mannigfachen krankhaften Zustände des Körpers auf die Entwicklung der Seuche, wobei der „gewerbliche Staub“ und die „Staublungen“ mit besonderer Sorgfalt besprochen werden. Eigene Statistiken des Verfassers und wichtige Veröffentlichungen anderer Schriftsteller zeigen in dem zweiten Abschnitte die Verbreitung der Tuberkulose in den verschiedenen Berufsarten. Der dritte Teil umfaßt die Maßnahmen, die zur Verhütung der Ansteckung und zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit des Körpers erforderlich sind und schildert die Krankheitserscheinungen, hinter denen sich die Tuberkulose nicht selten verbirgt. Bemerkungen über Lungenheilstätten, Walderholungsstätten und Firsorgestellen bilden den Abschluß der Broschüre. Die Arbeit Sommerfelds ist nicht eine einfache Vermehrung der schon umfangreichen, volkstümlichen Tuberkulose-Literatur, sondern bringt wertvolle neue Gesichtspunkte, die gerade auf Grund jahrzehntelanger Studien besonders beherrscht. Die Sprache ist einfach und klar die Darstellung. Die Anschaffung kann jedem Kollegen warm empfohlen werden.

Moabit. Ein Bild polizeilicher Willkürherrschaft. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 48 Seiten 8°. Preis 20 Pf.

Die Broschüre schildert in gedrängter Uebersicht die Moabiter Ereignisse. In der Einleitung wird der Versuch, die Vorgänge in Moabit gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften auszuschielen, energisch zurückgewiesen und gründliche Abrechnung gehalten mit den Bethmann, Dallwitz und ihrem reaktionären Anhang. Hieran schließt sich eine Darstellung des Streiks bei der Firma Kupfer & Co. und seiner Begleiterscheinungen. Es folgt eine kritische Würdigung der Prozeßverhandlungen, vom Kampf um den gesetzlichen Richter an bis zu dem Jagowschen Aufgebot. Einige Momentbilder aus dem Gerichtssaal, einige Proben des polizeilichen Sprachschatzes, die Arbeit der Lockspitzel und der Reinfall der Polizeizeugen vervollständigen dieses wichtige Kapitel. Den Schluß bildet ein Abschnitt, der sich „Der Kampf gegen die Wahrheit“ nennt und dessen Lektüre auch diejenigen, die immer noch an die Unschuld der Polizei glauben, eines anderen belehren dürfte. Mit Rücksicht darauf, daß unsere Gegner bereits am Werk sind, unter Verdrehung der Tatsachen aus den Moabiter Vorfällen Waffen gegen die Arbeiterbewegung zu schmieden, dürfte die Broschüre auch für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf von hohem Wert sein.

Bericht über die Tätigkeit der Wiener Graphischen Gesellschaft für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1910. Verlag: Wiener Graphische Gesellschaft (Obmann Ant. Hölze). 12 Seiten 8°.

Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Die Arbeiterin im Kampf um's Dasein. Von Adelheid Popp. Zweite vollständig umgearbeitete Auflage. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien II/1, Gumpendorferstr. 18. 32 Seiten 8°. Preis 20 Pf.

Reiches Material zur wirtschaftlichen Begründung der Forderung nach Gleichberechtigung der Frauen im politischen Leben bietet die kleine Schrift der österreichischen Genossin Adelheid Popp, die vielfache Anregungen und tiefe Einblicke in die Lebensbedingungen der arbeitenden Frau gewährt. Dadurch wird die Broschüre, deren erste Auflage vor 16 Jahren am Beginn der österreichischen Arbeiterinnenbewegung überaus wertvoll gewirkt hat, in ihrer zweiten, völlig umgearbeiteten und die heutigen Lebensbedingungen der Arbeiterinnen berücksichtigenden Auflage den gegenwärtigen Kampf der Arbeiterinnen um gleiche Rechte auch in Deutschland tatkräftig fördern. *ph.*

Die Schwindsucht der Arbeiter. ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung. Von Prof. Dr. med. Th. Sommerfeld, Berlin. Verlag von A. Schlicke & Cie.,

■ ■ Stellenangebote ■ ■

Positiv-Retuscheur

la. Kraft, sofort oder später, dauernd gesucht. [1,80]

J. G. Huch & Co., Barmen.

1 tücht. Pos.-Retuscheur

für Maschinen-Retusche und

1 tücht. Photographen

für Strich- und Außenaufnahme (Maschinen- und Innenaufnahme). Angeb. mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten [3,30]

Fr. Wilh. Ruhfus, Dortmund.

Pos.-Ret. i. d. Ret. v. Masch. u. kunstgew. Gegenst. Vorzgl. leist., z. b. Antr. i. d. Stell. ges. Ang. m. Geh., Zeugnisabschr. u. Angabe d. früh. Antritt. erb. *Krey u. Sommerlad, Niedersiedl.-Dresden.* [1,50]

Einige tüchtige [2,40]

Farb- u. Schwarzätzer

zu sofortigem Eintritt gesucht. Gefl. Offerten mit Gehaltsansprüchen und selbstgefertigten Proben erbeten an *Gust. Droher, Württbg. graphische Kunstanstalt, Stuttgart.*

Zum baldigen Eintritt gesucht ein tüchtiger erfahrener

Reproduktions-Photograph

für Farben und Schwarz. Es wird gebeten nur allererste Kräfte, unter Angabe der Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche, sich zu melden. [4,--]

R. Brzezinski & Co., G. m. b. H., Lemberg, Passage Mikolasch.

Tüchtiger Nachschneider

für Autotypie und ein bestempfohlener

Metal-Retuscheur

auf Auto und Zink in gute dauernde Stellung gesucht. [3,60]

E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart.

Tüchtiger Andrucker

für Dreif- und Vierfarbendruck zum sofortigen Antritt gesucht. Bewerbungen an [2,10]

J. G. Huch & Co., G. m. b. H., Braunschweig.

Tüchtige Messingstecher

werden durch den Arbeitsnachweis gesucht. *C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.*

Suche im Nachweis [1,50]

tüchtige Stecher

Oschmann, Formstecherei, Hannover-Linden.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekte frat. Kunstgewerbeschule Barmen

■ ■ Stellengesuche ■ ■

Auto-Aetzer

sucht Stellung. Gefällige Offerten erbeten an [1,50]

Gustav Gebhardt, Lodz (Rußland) Nowy Rynek No. 6, bei Glück.

Tüchtiger Aetzer

für Auto und Strich, der auch im Kopieren und Nachschneiden nicht unverfahren ist, wünscht sich baldigst zu verändern. *Offert. an Kurt Röder, Chemnitz, Kanalstr. 2411.* [1,--]

■ ■ Verschiedenes ■ ■

„Chromopasta“ per Kilo 4,50 Mk. Das beste Tonschutzmittel für Zink und Stein.

Goldlack per Kilo 5,— Mk. Das beste Hilfsmittel für Bronzeunterdruck. Das beste feuchtbleibende

Umdruckpapier

für Merkantil, Format 48 x 56, zu beziehen durch

H. M. Köhler, Leipz.-Schönefeld, 2,10 Dimpfelstr. 1, III.

Die besten Spritzapparate

liefert *Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig 4, Talstr.*

„Matt-Lack“

Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme.

F. Hantke, Maschinenmeister, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60.

Wir suchen noch einige tüchtige

Positiv-Retuscheure

für feinste Maschinenretusche. [5,--]

Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an *Brend'Amour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.*